

zuletzt aktualisiert am: 10.07.2012

URL: <http://nachrichten.rp-online.de/politik/protest-gegen-offiziere-an-schulen-1.2904120>

Düsseldorf

Protest gegen Offiziere an Schulen

VON HELMUT MICHELIS - zuletzt aktualisiert: 10.07.2012 - 02:30

Düsseldorf (RP). Die Kooperationsvereinbarung der Landesregierung mit der Bundeswehr zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen in NRW wird zurzeit überarbeitet. Das teilte ein Sprecher des Schulministeriums auf Anfrage unserer Zeitung mit. Dies geschehe gemeinsam mit der Bundeswehr. Einzelheiten könnten noch nicht mitgeteilt werden. Die Teilnahme von Offizieren am Unterricht war zunehmend in die Kritik geraten.

Die rot-grüne Landesregierung habe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) versprochen, die Kooperation zu modifizieren, bestätigte die NRW-Vorsitzende der Lehrgewerkschaft, Dorothea Schäfer. So solle es künftig keine Beteiligung der Offiziere an der Lehrerausbildung mehr geben.

Jugendoffiziere gibt es bereits seit 1958. Die bundesweit knapp 100 Soldaten sind als Referenten für Sicherheitspolitik unter anderem an Schulen tätig, zum Beispiel im Politikunterricht. In NRW war die entsprechende Vereinbarung 2008 von Schulministerin Barbara Sommer (CDU) unterzeichnet worden. Nach dem Ende der allgemeinen Wehrpflicht sehen bundeswehrkritische Gruppen diese Kooperation als nicht mehr zeitgemäß an; bereits im Januar 2011 war die Linkspartei in NRW mit dem Antrag gescheitert, den Vertrag aufzuheben.

Die GEW kündigte gestern für September eine Aktionswoche "gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen" an. "Wir beobachten mit Sorge, dass die Bundeswehr jetzt stärker als bisher an Schulen und Hochschulen drängt", sagte Schäfer. Dahinter stehe offenbar der Versuch, an den Bildungseinrichtungen Nachwuchs zu gewinnen. Über die Homepage der Bundes-GEW wird Schülern zur Aktionswoche unter anderem empfohlen: "Sich vor dem Eingang der Schule oder Bildungsmesse auf den Boden legen und den Körper mit weißen ‚blutgetränkten‘ Leintüchern bedecken und selbst gebastelte Grabsteine (z.B. aus Styropor) daneben aufstellen."

"Wir wehren uns gegen Kritiker, die diese Informationsveranstaltungen als Werbeauftritt abzuqualifizieren versuchen. Ja, wir betreiben auch Werbung, aber grundsätzlich nicht mit Jugendoffizieren", verwehrt sich Generalmajor Gerhard Stelz, Befehlshaber im Wehrbereich II (NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) gegen die Kritik. Im Beisein von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte Stelz bei einem Appell in Düsseldorf die Kooperation verteidigt: "Wir bieten nun über Jahrzehnte in bewährter Form geschultes Personal zur Unterstützung der Lehrkräfte für den Politikunterricht an, wenn es um Fragen der Friedenserhaltung und Sicherheitspolitik, der Auslandseinsätze geht. Das sind Themen, die junge Menschen berühren – das ist unverändert aktuell."

Jetzt weiterlesen und die Rheinische Post testen. ►►

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken ►►